



Presseinformation

Nr. 167 / 2012

Kiel, Freitag, 30. März 2012

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Günther Hildebrand, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Katharina Loedige, MdL
Parlamentarische Geschäftsführerin

Innen / Förde-Resolution

FDP-Innenpolitiker beschließen Förde-Resolution

Auf dem heutigen Kieler Treffen der innenpolitischen Sprecher der FDP-Fraktionen in den Länderparlamenten wurde folgende

Förde-Resolution

beschlossen:

Anlässlich der morgigen Demonstration der rechten Szene in Lübeck und den zu erwartenden Gegendemonstrationen appellieren wir an alle Beteiligten, Eskalationen zu verhindern und gewalttätige Auseinandersetzungen zu vermeiden.

Die NPD ist und bleibt eine Partei, die verfassungsfeindliche Ziele verfolgt. Sie muss mit allen politischen und dem Rechtsstaat zur Verfügung stehenden Mitteln bekämpft werden. Gewalt ist dabei kein akzeptables Mittel.

Die Bekämpfung der Ursachen ist vor allem dort aussichtsreich, wo Einflussnahme möglich ist, insbesondere bei jungen Menschen. Die Diskussion um das Rechtsextremismus-Problem wird zu sehr auf sozialpädagogische und rechtspolitische Gegenmaßnahmen beschränkt. Das Problem muss dorthin, wo es hauptsächlich hingehört: in die Gebiete der Sozial- und der Wirtschaftspolitik. Durch persönliche wirtschaftliche Missverhältnisse wie Arbeitslosigkeit oder Zukunftsangst steigt die Affinität zu rechtsextremen Gedanken. Gute Wirtschaftspolitik ist in diesem Fall ein wichtiger Aspekt im Kampf gegen den Rechts- aber auch den Linksextremismus.

Ein Verbot einer Partei beseitigt indes nicht die Gesinnung ihrer Mitglieder und ist daher nur eine Bekämpfung von Symptomen. Nach der schlechten Erfahrung mit dem ersten Verbotverfahren steht für die FDP die gesellschaftliche und die politischen Auseinandersetzung mit den Problemen des Rechtsextremismus im Vordergrund. Die Liberalen sind

nach wie vor überzeugt, dass ein gescheitertes NPD-Verbotsverfahren die rechtsradikale Szene am Schluss eher stärken würde, als dass es sie schwächen könnte.

Unsere Demokratie und unser Rechtsstaat müssen aushalten, dass Menschen, deren Ziele wir nicht gutheißen, die Grundrechte für sich in Anspruch nehmen. Wenn aber die freiheitlich-demokratische Grundordnung mit dem Ziel ihrer Beseitigung bekämpft wird, muss der Staat konsequent handeln und sich seiner Feinde erwehren.